

Januar 2004 Nr. 1/2004

## **Gerechtigkeit für die Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit**

### *Das Internationale Meinungstribunal zum Fall Sur de Bolívar*

Von Stephan Suhner

*Am 28. und 29. November 2003 fand in Paris das Internationale Meinungstribunal zu schweren Menschenrechtsverletzungen im Süden des Departements Bolívar statt. Mit diesem Tribunal soll an Stelle der ineffizienten kolumbianischen Justiz mit einem moralischen Urteil den Opfern Gerechtigkeit wiederfahren werden. Die Arbeitsgruppe Schweiz – Kolumbien nahm mit zwei Beobachtern am Tribunal teil. Dieser Monatsbericht gibt Eindrücke und Hintergründe zum Tribunal wieder.*

### **Ursprung und Geschichte der Meinungstribunale**

Das Permanente Völkertribunal (PVT) entstand 1979 auf Initiative von Lelio Basso und geht auf die Internationalen Meinungstribunale Russel I und II zurück. Das erste Tribunal Russel fand vom 2. bis 10. Oktober 1967 in Stockholm und vom 20. November bis 1. Dezember 1967 in Roskilde, Dänemark, statt und verurteilte die USA und ihre Verbündeten wegen Kriegsverbrechen in Vietnam. Am 6. November 1973 wurde in Brüssel das Zweite Tribunal Russel einberufen, um über die schweren Verbrechen der lateinamerikanischen Diktaturen zu urteilen. Nach den beiden Russel - Tribunalen war es für Basso klar, dass es eine kontinuierliche historisch – juristische Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen und derer Ursachen brauchte. Im Januar 1976 wurde deshalb die Internationale Liga für die Rechte und die Befreiung der Völker gegründet. Am 4. Juli 1976 verabschiedete die Liga an einem Symposium in Algier die „Erklärung der Rechte der Völker“, womit zugleich auch die „Internationale Stiftung Lelio Basso“ entstand.

Wesentlicher Zweck dieser Stiftung ist es, das sogenannte Recht der Völker sowohl auf juristischer wie auch auf sozialer und anthropologischer Ebene weiter zu entwickeln und theoretische abzusichern. die juristisch – politischen Formulierungen die das Recht der Völker untermauern. Ebenso sollen neue Prinzipien erarbeitet werden, die zu ausgewogenen internationalen Beziehungen und zu einem dauerhaften Frieden auf der Welt führen. Gemäss seinen Statuten ist das PVT Teil der Internationalen Stiftung Lelio Basso für die Rechte und die Befreiung der Völker. Das PVT greift direkt auf das Recht der Völker zurück, und wirkt auf Verlangen der von Unrecht betroffenen Völker<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> [www.grisnet.it/filb](http://www.grisnet.it/filb)

Seit der Gründung des Permanenten Völkertribunals 1979 bis heute gab es 30 Sessionen, viele im Umfeld der Befreiungskämpfe, aber auch über die Straflosigkeit in Lateinamerika. So gab es Gerichtssessionen über die Westsahara (1979), Argentinien (1980), Osttimor (1981) Guatemala (1983), Nicaragua (1984), Tibet (1992), Verbrechen gegen die Menschheit in Ex – Jugoslawien (1995), Verletzung der grundlegenden Rechte der Kinder (1995). Am 4. November 1989 wurde in Bogotá der Prozess gegen die Straflosigkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit<sup>2</sup> in Lateinamerika eröffnet, nachdem gegen Ende der 80er Jahre aus vielen lateinamerikanischen Ländern der Wunsch an das Permanente Völkertribunal herangetragen wurde, sich mit der Straflosigkeit unter den Übergangsregimes nach den Diktaturen zu befassen. Während 18 Monaten gab es 11 Anhörungen zu ebenso vielen lateinamerikanischen Ländern, mit einer Schlussession im Juni 1991 in Bogotá mit etwa 800 bis 1000 Personen.

Es gab auch Tribunals über wirtschaftliche Rechte (Eroberung Amerikas und Internationales Recht 1992), über die Politik des IWF und der Weltbank (1988 und 1992), sowie über die Wirtschaftspolitik multinationaler Unternehmen, z.B. zur Chemie – Katastrophe von Bhopal (1992 und 1994), zu Elf-Aquitaine in Afrika (1999), zu den Rechtsverletzungen der Arbeiter in der Textilindustrie (1998), sowie das Permanente Völkertribunal zu multinationalen Korporationen und Menschenrechten (2000). Beim Tribunal über die Textilindustrie wurden sieben multinationale Firmen untersucht, das Tribunal wurde von der Clean Cloth Campaign angefordert. Die Firmen waren: Nike, H&M, Levi Strauss, Otto Versan, C&A, Disney und Adidas; einzig H&M entsandte einen Vertreter als Verteidiger, die anderen sechs erklärten das Tribunal als unpassender Raum, um über einen Verhaltenskodex zu diskutieren. H&M gab an, von den im Tribunal erwähnten Ereignissen in Zulieferer - Fabriken in Bangladesch und Philippinen keine Kenntnisse zu haben, versprach aber, die Einhaltung des Verhaltenskodex von 1997 bei ihren Zulieferern zu überwachen<sup>3</sup>.

Zwei Mal führte ein Meinungstribunal dazu, dass basierend auf den erhobenen Beweismitteln und Anklagen es zu einer Verurteilung durch ein „normales“ Gericht kam, unter anderem 1984 im Falle von Nicaragua.

### **Die Kolumbianischen Meinungstribunale**

Nebst dem Permanenten Völkertribunal gab und gibt es verschiedene andere Völker- und Meinungstribunale, die vom Permanenten Völkertribunal unabhängig sind, aber mehr oder weniger auf dessen Reglement beruhen. So gab es beispielsweise im Rahmen des Sozialforums 2002 in Porto Alegre ein Tribunal über die Auslandsverschuldung, das von einer Vielzahl von sozialen Organisationen im Umfeld der Jubilee 2000 – Kampagne organisiert wurde. Dieses Tribunal kam zum Schluss, dass die gesamte Schuld, die Länder des Südens gegenüber dem Norden akkumuliert haben, illegitim und schon mehrfach abbezahlt und deshalb inexistent ist, weshalb sie unverzüglich zu annullieren sei<sup>4</sup>.

Auch die „Kampagne gegen die Straflosigkeit – Kolumbien verlangt Gerechtigkeit“ hat in Kolumbien schon verschiedene Meinungstribunale organisiert<sup>5</sup>, das erste zu

---

<sup>2</sup> Als Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden Verbrechen, die von Staaten gefördert oder toleriert werden bezeichnet, die nicht nur das Leben, die Integrität und die Freiheit der Opfer missachten, sondern die sich auf Grund ihrer zerstörerischer Art und Weise in schwerer Weise ins Bewusstsein der Menschheit einprägen und so das soziale Netz schädigen.

<sup>3</sup> www....

<sup>4</sup> www.tribunaldeuda....

<sup>5</sup> www.xxxx

Vorfällen vom 16. Mai 1998 in Barrancabermeja, ein weiteres zur Bombardierung von Santo Domingo und nun dasjenige zu Ereignissen im Süden des Departements Bolívar. Die Kampagne gegen die Straflosigkeit entsteht aus der Erfahrung der Ereignisse in Barrancabermeja und der darauffolgenden Untätigkeit des Staates bei der Aufklärung heraus. Diese Kampagne verfiht die universellen Prinzipien im Kampf gegen die Straflosigkeit: Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Dabei stützt sie sich auf die Charta der Völkerrechte von 1976, auf das Permanente Völkertribunal, auf die Meinungstribunale Russel I und Russel II, auf Entwicklungen innerhalb der UNO im Kampf gegen die Straflosigkeit sowie auf ähnliche Prozesse gegen die Straflosigkeit beispielsweise in Guatemala oder Südafrika. Die Idee der Meinungstribunale entstand aus der Suche der Völker nach Wegen, um die Straflosigkeit zu überwinden. Dabei lässt sich die Straflosigkeit nicht auf ein rein juristisches Problem reduzieren. Die Straflosigkeit ist vor allem ein gesellschaftliches Problem und hat als solches politische, wirtschaftliche, soziale und ethische Aspekte. Die Straflosigkeit greift auf alle Bereiche der Gesellschaft über, zerfrisst das politische Leben, zerstört die sozialen Netze und das demokratische Zusammenleben, schafft Terror und Hoffungslosigkeit in der Bevölkerung und führt das Gesetz des Schweigens ein. Die Straflosigkeit sichert damit die Reproduktion der Ungerechtigkeit und den Fortbestand des Status Quo ab.

Die Kampagne gegen die Straflosigkeit konzentrierte sich zuerst auf die erwähnten Ereignisse in Barrancabermeja, weitete das Augenmerk nun aber auf sämtliche Verbrechen der letzten Jahrzehnte aus. Die Kampagne teilt dabei die Ziele des Projekts „Nie wieder“ (Nunca más), das der nationalen und internationalen öffentlichen Meinung die verschiedenen Mechanismen der Straflosigkeit in Kolumbien aufzeigen und Vorschläge unterbreiten will, wie die Einforderung von Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung verwirklicht werden kann. Zudem sollen sämtliche Informationen über Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Kolumbien zwischen 1966 und 1998 systematisiert werden (Täter, Opfer, Straflosigkeitsmechanismen etc.).

Die Kampagne soll die Gemeinschaften und sozialen Organisationen in ihre Kampf gegen den zerstörerischen Effekt des Staatsterrorismus stärken. Mit seiner systematischen Politik der Vertreibung, Unterdrückung und Tötung droht der Staat nicht nur die Organisationsprozesse der Gemeinschaften zu zerstören, sondern auch ihre Projekte, Träume und das Leben der Einzelnen, wodurch die Arbeit für ein würdiges Leben mit sozialer Gerechtigkeit verunmöglicht wird. Durch die Sensibilisierung für den grossen Schaden, den Verbrechen gegen die Menschlichkeit anrichten, soll eine breite soziale Bewegung gegen die Straflosigkeit entstehen, die das Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung einfordert. Die Kampagne soll aber auch Schutz- und Begleitmechanismen für die Opfer und deren Organisationen schaffen.

### **Das Internationale Meinungstribunal zum Sur de Bolívar**

Das Internationale Meinungstribunal zu den Vorfällen im Süden des Departements Bolívar reiht sich in die Tradition der Meinungstribunale der kolumbianischen Kampagne gegen die Straflosigkeit ein. In dieser an Bodenschätzen reichen Region Kolumbiens wurden in den vergangenen Jahren über 500 Kleinbauern und kleine Minenbetreiber gefoltert, getötet oder zum Verschwinden gebracht. Die etwa 300'000 Einwohner dieser Region führten wegen der staatlichen Vernachlässigung, der Repression und der Gewalt in den Jahren 1996 und 1998 zwei grosse Exodus durch, die beide in Verhandlungen und Abkommen mit den Präsidenten Samper und

Pastrana endeten<sup>6</sup>. Die Abkommen wurden von den Regierungen nicht eingehalten, die Repression nahm weiter zu und verschiedene Wortführer der Bauernmärsche wurden ermordet. Die zahlreichen Denunziationen vor kolumbianischen Gerichtsinstanzen zeigten keine Folgen und die Aufrufe an den Kolumbianischen Staat um Schutz wurden nicht erhört. Aus diesen Gründen bildeten sich vor einigen Jahren sogenannte Anstosskomitees (comités de impulso), um ein Tribunal zu diesen Ereignissen zu organisieren. Nach verschiedenen Schwierigkeiten (Ermordung von vorgesehenen Zeugen, unterbrochene Kommunikation mit der Region etc.) konnte das Tribunal nun am 28. und 29. November 2003 in Paris erfolgreich durchgeführt werden.

Gegen 11.00 Uhr des 28. Novembers wurde das Tribunal durch den Tagespräsidenten des Gerichtes, François Houtart, Direktor des Trikontinentalen Zentrums in Leuven, Belgien, eröffnet. Im Saal sassen etwa 60 bis 80 internationale Beobachter und Zuschauer. Nach einer historischen Einführung zu den Meinungstribunalen erklärte Houtart das Wesen des vorliegenden Tribunals. Obwohl es sich um ein Meinungstribunal handle, brauche es trotzdem ein Mindestmass an Formalitäten, damit die Glaubwürdigkeit gewährleistet ist. So bat Houtart die Zuschauer, während den ganzen Verhandlungen nie zu applaudieren. Weiter führte er aus, dass auch dieses Tribunal im Wesentlichen auf den Statuten des Permanenten Völkertribunals basiere. Wichtig sei ihm auch, dass alle Meinungstribunale und somit auch dieses, einen Beitrag an die Weiterentwicklung des internationalen Rechts darstellen und reelle Alternativen schaffen.

Houtart stellte dann die weiteren Mitglieder des Gerichtes und die Funktionsweise desselben vor. Als Richter amtierten nebst Houtart auch Sophie Thonon – Wesfried, Anwältin beim Appellationsgericht von Paris und Gerichtspräsidentin am 29. November, Javier Otaola, Jurist und Menschenrechtsombudsmann in Vitoria – Gasteiz, Baskenland, als Vizepräsident sowie Professor Heinz Dietrich, Professor für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Autonomen – Metropolitanen Universität der Stadt Mexiko und Luis Javier Garrido von der Rechtsfakultät der Autonomen Nationaluniversität Mexikos. Als Staatsanwalt amtete der argentinisch – spanische Jurist Carlos Slepoy Prada. Slepoy war Teil der Anklage in den Madrider Prozessen zu den Genoziden und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Argentinien und Chile.

Dem Meinungstribunal liegt eine formelle Klage der Vereinigung der Kleinbauern und der kleinen Minenbetreiber des Süden von Bolívar (Agroasomisbol), des Regionalen Arbeitstisches des Mittleren Magdalenas, der Kampagne gegen die Straflosigkeit und des Europäischen Netzes der Verbrüderung und der Solidarität mit Kolumbien vor. Das Tribunal ist befugt, über die zwischen dem 1. Januar 1995 und dem 31. Dezember 2002 in der Zuständigkeit von mehr als 17 Gemeinden im Süden des Departements Bolívar begangenen Verbrechen zu urteilen. Das Tribunal befasste sich mit sechs konkreten Fällen, u.a. der Ermordung von Führungspersonen von Asoagromisbol, von lokalen Führungspersonen und von Teilnehmern des Kleinbauernexodus, mit der Folter von Bewohnern von Rio Viejo sowie mit dem gewaltsamen Verschwindenlassen des Wortführers des Regionalen Arbeitstisches, Edgar Quiroga und der Verfolgung und Ausrottung der Familie von Gildardo Fuentes.

Das Gericht hörte dazu direkt vier Zeugen an, die direkt oder indirekt Zeugen der zu beurteilenden Fälle waren. Die Zeugen erschienen unverdeckt und mit vollem Namen, was für sie und ihre Familien ein grosses Risiko darstellt. Das Gericht

---

<sup>6</sup> Siehe dazu den Monatsbericht XXXX

machte deshalb die kolumbianische Regierung für alles verantwortlich, was den Zeugen nachher - v.a. in Kolumbien - zustossen könnte. Ein fünfter Zeuge wurde per Video gezeigt. Es handelte sich um einen ehemaligen Berufssoldaten, der Zeugnis über die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit zwischen Armee und Paramilitärs ablegte und nach seinem Austritt aus der Armee deshalb umgebracht wurde. Das Tribunal zählte auch mit der Präsenz von drei Experten, sogenannten Amicus Curie (Freunde des Gerichts), die gestützt auf ihre Sachkenntnisse den Kontext für die Einordnung der einzelnen Zeugenaussage liefern. Es handelte sich dabei um Francisco Ramírez Cuellar, Präsident der Bergbaugewerkschaft SINTRAMINERCOL; um Pater Javier Giraldo von Justicia y Paz; sowie um Gearoid O’Loingsigh, irischer Sozialwissenschaftler und Spezialist zum Paramilitarismus im Mittleren Magdalena.

Die kolumbianischen Behörden wurden mit einem eingeschriebenem Brief an die kolumbianische Botschaft in Paris eingeladen, jemanden zu bestimmen, der am Tribunal die Verteidigung des kolumbianischen Staates vornehmen sollte. Da die kolumbianischen Behörden darauf nicht reagierten, bestimmte das Tribunal Frau Denis Méndez als Pflichtverteidigerin des kolumbianischen Staates, die am Schluss ein Verteidigungsplädoyer halten wird.

### **Experten und Zeugen denunzieren den kolumbianischen Staat**

Nachdem das Gericht formell für eröffnet erklärt wurde, intervenierte als erstes der Experte Gearoid O’Loingsigh. O’Loingsigh ging in seinen Ausführungen zuerst auf den Ursprung des Paramilitarismus und auf die Beziehung zwischen Drogenanbau und –Handel und der Gewalt ein. Dabei hielt er fest, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Umfang des Cocaanbaus in einer Region und der Gewalt gebe, wie das fälschlicherweise häufig dargelegt werde. So haben Departemente wie Bolívar oder Norte de Santander wenig oder vor einiger Zeit noch gar keine Coca, und trotzdem haben sie seit Jahren viel mehr Gewaltopfer und Menschenrechtsverletzungen als beispielsweise Putumayo oder Caquetá. Die Gewalt hat also regional andere Ursachen, auch wenn die Akteure sich durch die Coca finanzieren. Weiter führte er aus, wie Bolívar trotz der bescheidenen Ausdehnung der Cocapflanzungen zum Ziel einer der grössten „Besprühungsaktionen“ des Plan Colombia wurde, der Operación Bolívar. Diese angeblich gegen die Paramilitärs und die Coca gerichtete Operation richtete sich jedoch direkt gegen die bäuerliche Bevölkerung: sowohl Behörden als auch O’Loingsigh konnten feststellen, dass pro Hektare besprühter Coca ein x-faches an Grundnahrungsmitteln besprüht wurde. Zeitgleich führten die Paramilitärs unter Duldung oder mit aktiver Unterstützung der Armee- und Polizeieinheiten eine totale Blockade der Region durch. Lebensmittel und Medikamente kamen nicht mehr in die Zone hinein, nur noch Ausgangsstoffe für die Kokainherstellung! O’Loingsigh ist überzeugt, dass der Staat es jederzeit in der Hand hätte, diese Blockaden zu beenden. Die Hungerkrise wurde so gross, dass die Leute besprühte Lebensmittel wie angetrocknete Kochbananen essen mussten, und so direkt Gift zu sich nahmen. Weiter führte er aus, wie die paramilitärische Gewalt, die Blockade und die Besprühungen von Nahrungspflanzen auch Teil einer Strategie sind, das landwirtschaftliche Modell der Region gewaltsam zu ändern, unterstützt von den USA über den Plan Colombia und gesteuert durch die Kredit- und Subventionspolitik des kolumbianischen Staates.

Als zweiter Experte sprach Francisco Ramírez, Präsident der Bergbaugewerkschaft SINTRAMINERCOL. Er legte dar, wie der Rohstoffreichtum im Süden Bolívars die Gewalt fördert und wie ausländische multinationale Konzerne an der Gewaltspirale

mitdrehen und die kolumbianische Gesetzgebung beeinflussen. Ziel dieser Konzerne ist es, die kleinen, unabhängigen Bergmänner – mineros artesanales – zu verdrängen und diese weltweit einmalig ergiebigen Goldminen in Beschlag zu nehmen, koste es was es wolle<sup>7</sup>.

Nach diesen beiden Experten intervenierten die vier Zeugen. Beispielhaft für die Leiden der Bevölkerung sollen hier einige Kernelemente der Aussagen des vierten Zeugen wiedergegeben werden. Paramilitärs verlangten das Motorrad des Zeugen, und sagten, er könne es am folgenden Morgen am Ort X wieder abholen. Als er sich am folgenden Tag zu jenem Ort begab, sah er den selben Paramilitär vor einer offenen Garage. Dieser wies ihn an, in die Garage zu treten, dort befinde sich sein Motorrad. Widerwillig betrat der Zeuge die Garage, in der auch ein Pick-up stand, mit dem jeweils Leute weggebracht wurden, als er in einer Ecke Gildardo Fuentes am Boden gefesselt sah. Da wusste er, dass etwas passieren würde. Er wurde auch gefesselt und beide wurden sie von den Paramilitärs heftig geschlagen und bedroht. Etwas später wurden sie auf dem Pick-up mit dem sinnigen Namen „Weglein zum Himmel“ in die nahegelegene Ciénaga gebracht und befohlen, auszusteigen. Der Boden war bedeckt mit altem Blut, der Zeuge musste sich setzen, Gildardo war auf der anderen Seite des Pick-ups. Plötzlich erhielt der Zeuge einen Schlag mit einer Machete an den Hals, dann wurde er zuerst liegen gelassen. Die Paramilitärs kümmerten sich nun um Gildardo. Der Zeuge hörte einen dumpfen Schlag – das war Gildardos Hals! Plötzlich hörte er den einen Paramilitär sagen: Los, wir müssen sie nun herrichten. Der eine Paramilitär begab sich zum Zeugen, öffnete ihm das Hemd und begann, ihm mit einer spitzen Machete in den Hals und in den Brustkorb zu stechen. Der Zeuge stellte sich tot, der Paramilitär sagte: Der ist fertig! In dem Moment begann ein Geschrei, Gildardo versuchte zu fliehen. Die Paramilitärs rannten beide Gildardo nach, was der Zeuge ebenfalls zur Flucht nutzte und Richtung Dorf rannte, das nur ein paar Hundert Meter entfernt war. Im Dorf versuchte er sich in verschiedenen Häusern zu verstecken, aber alle Leute flehten ihn an, das Haus sofort zu verlassen, da die Paramilitärs sie sonst auch umbringen. So musste der Zeuge, von grossen Blutverlust geschwächt, sich in einem Gebüsch am Dorfrand verstecken, bis es dunkel wurde und die Paramilitärs nach erfolgloser Suche nach ihm abzogen. Gildardo war mittlerweile tot.

Am Samstag beendete der vierte Zeuge seine lange, dramatische Geschichte, dann folgte der Zeuge per Video – Film, und schliesslich trug Pater Javier Giraldo seine Erkenntnisse zu den Mechanismen der Straflosigkeit vor.

### **Anklage und Richterremium sehen den Tatbestand des Genozid als erfüllt**

Am Samstag kurz vor Mittag hielt dann die Anklage ein flammendes Plädoyer. Nach der Anhörung der Experten und der Zeugen war für die Anklage klar, dass die Verbrechen begangen wurden, um sich Ländereien, Minen etc. anzueignen. Daran beteiligt sind auch nationale und multinationale Firmen wie Anglo Gold und Conquistador Mines, einige ausländische Regierungsagenturen sowie die USA und einige europäische Regierungen wie z.B. Spanien. Auf Grund dieser Beweislage kommt die Anklage zum Schluss, dass eine Absicht bestehe, ganz bestimmte nationale Gruppen auszulöschen, z.B. Campesinos oder kleine Bergmänner, und dass die Ereignisse und Vorgänge im Süden Bolívars Teil eines Vorganges sei, der als Genozid zu beurteilen sei. Im Süden Bolívars werden praktisch sämtliche in den

---

<sup>7</sup> Für weitere Informationen siehe dazu unseren Monatsbericht 7/2003, Vom Fluch und Segen des kolumbianischen Rohstoffreichtums.

verschiedenen Strafgesetzbüchern und internationalen Konventionen festgeschriebenen Verbrechen begangen, auch Kriegsverbrechen.

Die Anklage stellte eine individuelle Verantwortung und damit eine Schuld bei den Präsidenten Samper, Pastrana und Uribe in ihrer Eigenschaft als Oberkommandierende der Armee fest. Ebenfalls sind verschiedene Armeeeinheiten und deren Kommandanten und Mitglieder schuldig, z.B. der mobilen Brigade Nr. 2. Verantwortung tragen aber auch die Nutzniesser der Vertreibungen und gewaltsamen Enteignungen von Ländereien etc., so z.B. gewisse Parlamentarier, Rechtsanwälte und der Bergbauminister durch eigene Interessen und durch Unterstützung der Interessen von Multis. Die Bergbauunternehmen sind selbstverständlich auch mitschuldig. Eine spezielle Schuld trifft die USA wegen ihrer Förderung des Söldnerwesens und des Plan Colombia. Mit der Bitte an die Richter, seinen Anträgen zu folgen, und mit der Bitte an alle anwesend, für eine grosse Verbreitung des Urteils zu sorgen, schloss die Anklage ihr Plädoyer.

Anschliessend hielt die Pflichtverteidigung ihr Schlussplädoyer. Sie wies zuerst darauf hin, dass Kolumbien ein Rechtsstaat sei, der seit 1991 eine fortschrittliche Verfassung habe. Zudem habe beispielsweise Präsident Samper 1995 die Verantwortung des Staates für die Vorfälle in Trujillo anerkannt. Heute würden die Verbrechen aber von illegalen bewaffneten Gruppen begangen, und der Staat könne deshalb nicht für deren Taten zur Verantwortung gezogen werden. Zudem würde die aktuelle Regierung für die Befriedung des Landes und die Auflösung der Paramilitärs kämpfen. Weiter führte die Verteidigung aus, dass die heutigen Kriege teilweise durch Sicherheitsfirmen wie Dyncorp geführt würden, bei denen es sich um ehemalige Militärs handle. Der Krieg ist deshalb eine wichtige Quelle für Arbeitsplätze auf der ganzen Welt, und die demokratischste Macht der Welt, die USA, brauchen deren Dienstleistungen, weshalb nichts besonders daran sei.

Danach zogen sich die Richter für gut drei Stunden zu Beratungen zurück. Die Zwischenzeit wurde mit einer Tombola, mit verschiedenen Videos, etc. überbrückt. Um 18.00 Uhr verkündeten die Richter durch die Gerichtspräsidentin Sophie Thonon vor einem zum Bersten gefüllten Saal das mit grosser Spannung erwartete Urteil. Die Gerichtspräsidentin hielt zuerst folgendes fest:

Die kriminellen Aktionen, die sich auf dem Hoheitsgebiet der Gemeinden des Süden Bolívars ereigneten, haben einen wirtschaftlichen Charakter, der sich einerseits in den Interessen der multinationalen Firmen manifestiert, sich der grossen Goldvorkommen zu bemächtigen, aber auch im Interesse, ein wirtschaftliches Projekt durchzuführen und Entwicklungsmodelle aufzuzwingen, die nur die Interessen und Bedürfnisse der entwickelten Länder berücksichtigen, die ihre Aktivitäten in Kolumbien über multinationale Korporation aus Kanada, den USA und Europa ausdehnen. Diese Korporationen beuten die Ressourcen Kolumbiens wie Erdgas, Kohle, Gold, Smaragde, Nickel, Wasser, Holz, landwirtschaftliche Böden und generell die ganze Biodiversität der Region aus.

In letzter Zeit wird diese Politik im Rahmen des Plan Colombia verfolgt, der entworfen wurde, um auf endgültige Art und Weise das landwirtschaftliche Modell des Landes zu ändern und den Eintritt von ausländischem Kapital zu erleichtern. Aus diesen Gründen implementierte die Regierung der kolumbianischen Republik in den letzten Jahren, zumindest aber seit 1995, eine Politik des Terrors, die zur Durchführung von Morden, gewaltsamen Verschwindenlassens, Folter, Drohungen, Hausdurchsuchungen ohne richterliche Verfügung, Zerstörung von Pflanzungen und gewaltsame Vertreibungen führte, sowie zu Delikten gegen die Gesundheit durch die

vorsätzliche und kriminelle Verwendung von chemischen Produkten in der Besprühung der Ländereien.

Diese Politik wird durch die Streitkräfte der Republik Kolumbien, durch die Polizei und durch die durch den Staat geförderten und organisierten paramilitärischen Gruppen durchgeführt; diese Akteure handeln im Rahmen einer engen Zusammenarbeit unter sich und in absoluter Straflosigkeit, die durch das Rechtssystem des Landes garantiert ist, das die begangenen Verbrechen nicht untersucht.

Das Gericht gelangte dann zu folgendem Urteil (inoffizielle Übersetzung aus dem spanischen Originalurteil):

Durch die Zeugenaussagen, die Expertengutachten und die schriftlichen Beweise erachtet das Tribunal **die präsentierten Klagen als genügend untermauert** und beurteilt die Ereignisse als die **folgenden Tatbestände erfüllend**:

- Genozid
- Verbrechen gegen die Menschlichkeit
- Staatsterrorismus

Das Tribunal erachtet die **Schuld der Regierung der Republik Kolumbien** sowie der zivilen und militärischen Behörden als **vollständig erwiesen**.

Das Gericht fand zudem besorgniserregende Elemente, die auch eine **kriminelle Verantwortung** bei der Durchführung dieser Verbrechen durch Vertreter verschiedener Regierungsagenturen der **Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika** (CIA, zivile und militärische US – Behörden) sowie auch verschiedener **europäischer Regierungen** belegen könnten.

Das Internationale Meinungstribunal zum Fall Sur de Bolívar spricht sich dezidiert dafür aus, dass die vor diesem Tribunal denunzierten Ereignisse vor nationale und/oder internationale Gerichte gebracht werden, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Das Tribunal ist der Meinung, dass die denunzierten Verbrechen das allgemeine Bewusstsein der Menschheit beleidigen und dass sie deshalb durch alle juristischen Instanzen in einem Prozess der Konstruktion einer universellen Gerechtigkeit verfolgt werden müssen.